

Berlin, 21.05.2022

## Pressemitteilung

### Verbeamtung Berliner für alle Lehrkräfte zum Schuljahr 2022/2023

#### Mickmann: „Der Bildungsverwaltung fehlt eine Vision und eine Mission!“

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung Landesverband Berlin e. V. (BvLB Berlin) fordert seit Jahren die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Sen BJJ) auf, sämtliche Lehrkräfte in Berlin zu verbeamteten, um die Attraktivität Berliner Schulen als Arbeitsplatz für bundesweit ausgebildete Lehrkräfte zu steigern. Darüber hinaus ist dem vorherrschenden Lehrermangel im Land Berlin aktiv und progressiv entgegenzuwirken. *„Beide Zielsetzungen geht der Berliner Senat äußerst halbherzig an“*, bedauert der stellvertretende Landesvorsitzende und Pressesprecher des BvLB Berlin, Dipl.-Hdl. Jens-Peter Mickmann das politische Handeln.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Verbeamtung neu eingestellter Lehrkräfte zum kommenden Schuljahr 2022/23 gewährleistet. Für den BvLB Berlin zeigt offenbart sich an der Stelle ein erster positiver Schritt in die richtige Richtung. Für bereits im Land Berlin angestellte Lehrkräfte, die von der Sen BJJ despektierlich als „Bestandslehrkräfte“ bezeichnet werden, ergibt sich aus dem *„Zeit-Maßnahmen-Plan zur Umsetzung der Verbeamtung der Lehrkräfte“* eine früheste Verbeamtung im zweiten Schuljahr 2026.

*„Es ist menschlich erschreckend wahrzunehmen, wie die Senatsverwaltung mit den langjährigen angestellten Lehrkräften im Zusammenhang mit der Verbeamtung umgeht. So kann mit den Berliner Lehrkräften nicht umgegangen werden“*, ärgert sich der Dipl.-Hdl. Mickmann vom BvLB Berlin. Aus Sicht des Lehrerverbandes ist klar, dass mutmaßlich die Senatsverwaltung der Finanzen genau mitgerechnet hat, welche Altersgrenze die zu verbeamtenden Lehrkräfte im jeweiligen Jahr einer potentiellen Verbeamtung überschreiten.

Offenkundig wird im zweiten Schulhalbjahr 2026 eine große Zahl an Lehrkräften die Höchstgrenze für eine Verbeamtung erreicht haben. *„Durch die Hintertür wird die öffentlich verkündete Verbeamtung sämtlicher Lehrkräfte in Berlin wieder kassiert“*, resümiert BvLB-Pressesprecher Mickmann das administrative Handeln der Sen BJJ. Der BvLB Berlin fordert eine rasche Korrektur dieses auf die *„Bestandslehrkräfte“* unerträglich wirkenden Weges zur Verbeamtung in Berlin.

---

Die Lösung des Lehrermangels im Land Berlin bleibt ebenfalls auf der Strecke. Die Schutzbehauptung von Senatorin Astrid-Sabine Busse (SPD), der Mangel könne zwar nicht wegdiskutiert werden, dieser sei ein deutschlandweiter Trend, heilt nicht das Versagen der Berliner Bildungspolitik.

Auch im kommenden Schuljahr 2022/23 werden bis zu 1.000 Lehrkräfte an den Berliner Schulen fehlen. *„Der Bildungsverwaltung fehlt es an einer Vision und einer Mission, um dem stetig andauernden Lehrermangel erfolgreich begegnen zu können“*, fasst Jens-Peter Mickmann vom BvLB Berlin das Problem in der Senatsbildungsverwaltung zusammen.

Der BvLB Berlin erkennt keine zahlreichen Lehrkräfte aus anderen Bundesländern, die nach Berlin wechseln wollen. Die respektlose Wahrnehmung der Berliner Lehrkräfte durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie als *„Bestandslehrkräfte“* sowie die Absicht, erst im zweiten Halbjahr 2026 diejenigen Lehrerinnen und Lehrer verbeamten zu wollen, die jahrelang im Angestelltenverhältnis motiviert und engagiert in den Schulen unterrichtet, lässt das Land Berlin als Arbeitgeber in einem unangenehmen Licht erscheinen.

Der BvLB Berlin stellt zum gegenwärtigen Zeitpunkt katastrophal fest, dass die Stundentafel im kommenden Schuljahr 2022/23 in vielen Schulen Berlins aufgrund des Lehrermangels nicht mehr erfüllt werden kann.

**Dipl.-Hdl. Jens-Peter Mickmann**  
stellvertretender Landesvorsitzender  
Pressesprecher BvLB Berlin